

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22.532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Restameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankbesitzer Artzen.

Nr 99

Donnerstag, den 21. August 1930

43. Jahrgang

Umriss des Gesamtprogramms.

Obwohl die Einzelheiten des Reformprogramms, das die Reichsregierung für den Herbst in Aussicht gestellt hat, bisher nicht bekannt geworden sind, so lassen sich dessen Umrisse doch mindestens zum Teil aus den bisherigen Maßnahmen und Verkündigungen der Regierung erkennen. Danach umfaßt das Programm als Hauptpunkte das Finanzprogramm, das Agrarprogramm, das Ost- und Westprogramm, das Sozialprogramm, das Wirtschaft- und Verkehrsprogramm.

Von diesen Maßnahmen ist das Agrarprogramm bereits am weitesten verwirklicht. Das Kernstück bildet die Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollschutzes. Ausgehend von der Grundförderung der Landwirtschaft, daß nicht Eingriffe, sondern das gesamte System der Agrarpolitik geändert werden müßte, führten die bisherigen Maßnahmen zu dem Ergebnis, daß insbesondere für die gesamte Getreidewirtschaft, die früher starken Zollsätze in einer Generalvollmacht für die Regierung ausgingen, die effektivste Zollhöhe nach Maßgabe der jeweiligen Wirtschaftslage zu bestimmen. Von diesen Vollmachten hat die Regierung durch Erhöhung des Weizens und Roggens Gebrauchs gemacht und diesen Schutz noch durch eine Reihe von damit in Verbindung stehenden Maßnahmen vergrößert. So ist das Agrarprogramm schon in wesentlichen Punkten durchgeführt. Das gleiche gilt von dem Ost-Westprogramm, das gewisse organische Zusammenhänge mit dem Agrarprogramm aufweist.

Alle diese Maßnahmen sind indessen entscheidend abhängig von der Durchführung eines umfassenden Finanzprogramms, das man mit Recht als das Zentralproblem der deutschen Gegenwart zu bezeichnen pflegt. Was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde, ist jedoch alles andere als das, was man sich bei Annahme des neuen Planes darunter vorstellte. Der geplante Umbau unseres Finanzsystems unter gleichzeitiger wesentlicher Steuerentlastung der Wirtschaft ist dem Ziele der Förderung der Kapitalbildung hat einer Flut von Steuererhöhungen Platz machen müssen. Immerhin zeigt auch der Weg der deutschen Finanzpolitik der letzten Monate gewisse Anläufe für die einseitige Reform. Die Vorlage eines langfristigen Steuerprogramms ist gesetzlich vorgeschrieben. Ob der im Steuerbedarfsprogramm genannte Betrag von mindestens 600 Mill., die im Haushaltsjahr 1931 eingepart werden sollen, tatsächlich erreicht wird, steht zwar dahin. Wertvoll ist aber die grundsätzliche Bestimmung, daß Einparungen, wenn sie überhaupt erfolgen, für die Senkung der direkten Steuern Verwendung finden müssen. An tatsächlichen Entlastungen bringt der Haushalt 1930 bereits 134 Mill. Reichsmark, während der Vorgänger des derzeitigen Finanzministers nur Entlastungen im Ausmaße von 25 Mill. RM. glaubte vornehmen zu können. Bei den Steuererhöhungen hat sich der Grundgedanke der Verlagerung von der direkten auf die indirekte Besteuerung bis zu gewissem Grade durchgesetzt, so daß man auch hier alles in allem von einem Fortschritt sprechen darf.

Die Durchführung des Finanzprogramms steht und fällt mit der Sozialreform. Diese Erfahrung aus der Vergangenheit sollte allmählich Allgemeingut werden. Die Arbeitslosigkeit mit ihren finanziellen Anforderungen an die öffentliche Hand gefährdet immer wieder die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Die finanzielle Zukunftswirtschaft muß infolgedessen ihre Ergänzung in sozialen Reformen des Systems finden. Gewisse Teile reformen zur Abstellung von Mißständen und Mißbräuchen brachte erstmalig die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsverwaltung vom Herbst 1929. Weitere Teile reformen sind in der Notverordnung enthalten. Vor allem aber bringt der neue Absatz 2 des § 262 den Anlaß für weitere Reformarbeiten durch die Bestimmung, daß der Höchstbedarf der Reichszuschüsse jeweils im Haushaltsgesetz bestimmt werden soll. Weiter enthält die Notverordnung die wesentliche Bestimmung, daß die zukünftigen Festbeträge nur noch zur Hälfte dem Reich gedeckt werden und zur anderen Hälfte durch Erhöhung oder Abführung der Beiträge oder durch Verbindung beider Maßnahmen ihre Deckung finden sollen. Endlich enthält die Notverordnung als Anlaß für die Reform der Krankenversicherung die grundsätzliche Überaus bedeutungsvolle Entscheidung für die Einmündigung des Selbstinteresses der Versicherten. Krankenversicherungs- und Heilmittel werden in Zukunft nicht mehr völlig kostenlos abgegeben. Der Versicherte wird vielmehr in beiden Fällen zur Zahlung einer Gebühr von 50 Pf. verpflichtet. Man kennt die Bedeutung, die dieser Regelung entgegensteht. Die erheblichen Vorteile überwiegen aber offensichtlich.

Der letzte Punkt des Gesamtprogramms, das Arbeitsbeschaffungsprogramm, umfaßt 5 Teile: Aufräumarbeiten der Volk, Bestellungen der Reichsbehörden, Arbeitsbeschaffung durch die neugegründete deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, den Wohnungsbau und die Straßenbau. Soweit die hierzu aufgewendeten Mittel tatsächlich produktiver Verwendung zugeführt werden, wird man diesen produktiven Verbrauch zur Aufhebung der Wirtschaft begünstigen können. Auch die Absicht der Regierung, durch die Vergabe der Aufträge Preisausgleichs zu erreichen, ist grundsätzlich zu billigen. Leider stimmen die „Erfolge“ der entsprechenden Aktion in den Jahren 1925/26 jedoch sehr schlecht.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß das Gesamtprogramm wesentliche Voraussetzungen für eine Gesundung unserer Wirtschaft schafft, obwohl die letzten entscheidenden Probleme noch nicht in Angriff genommen sind. Das Zentralproblem der Wirtschaft, die Rentabilität, ist eben keine Frage des guten Willens, sondern eine Frage der Selbstkosten. Solange die Wirtschaft nicht durch Steuerentlastung in die Lage gesetzt wird, diese Selbstkosten zu senken, ist noch nichts Entscheidendes geschehen. Hoffentlich werden die guten Anläufe der Notverordnung bei Aufstellung des endgültigen Programms zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt.

Reformpläne des Reichskabinetts.

Wahlrechts- und Finanzreform. Berlin, 20. August.

Das Reichskabinettsamt hat sich mit verschiedenen Reformplänen beschäftigt, die dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugeweiht werden sollen. Am weitesten gediehen sind die Vorarbeiten des Kabinetts für die Wahlreform.

Die geplanten Maßnahmen beziehen sich lediglich auf eine Reform der Wahlrechtsgebung. Sie lassen also die grundsätzlichen Wahlbestimmungen der Verfassung unangetastet. Das Reichskabinettsamt will offenbar auf diese Weise den Zugang einer verfassungsändernden Mehrheit, die im Reichstag entscheidungsgemäß für grundsätzliche Verbesserungen nicht zu bekommen ist, vermeiden. Infolgedessen verzichtet die Regierung auf eine Heranziehung des Wahlalters, wie das Reichsinnenministerium bereits in einer Rede zum Ausdruck gebracht hat.

Der Entwurf des Reichsinnenministeriums gründet sich größtenteils auf die Vorarbeiten, die bereits von verschiedenen Vorgängern Dr. Brüning geleistet worden sind. Die wichtigste Maßnahme, die das Reichskabinettsamt vorgeschlägt, ist eine wesentliche Verfeinerung der Wahlrechte.

Gegenwärtig bestehen 33 Wahlkreise, an deren Stelle später etwa 160 Wahlkreise treten sollen. Man würde es auf diese Weise erreichen, daß in den einzelnen Wahlkreisen höchstens je drei bis vier Abgeordnete gewählt werden können, woraus man sich eine engerer Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerchaft verpricht. Weitere Reformmaßnahmen zielen auf eine völlige Beilegung der Reichsstimmen hin. Die Verordnung der Reichstimmen wird dann innerhalb der Wahlrechtsverbände u. a. erfolgen haben.

Die Vorarbeiten zur Finanzreform sind noch nicht so weit gediehen. Nach zweijährigen Mitteilungen liegt hier ein fertig ausgearbeiteter Plan noch nicht vor. Der Reichsfinanzminister dürfte zunächst seine Vorschläge innerhalb des Kabinetts eingehend entwickeln, die im wesentlichen auf eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern für einen längeren Zeitraum hinauslaufen. Erst auf Grund der Berichterstattung des Finanzministers und der anschließenden Erklärungen innerhalb des Kabinetts dürfte das Finanzministerium einen Referentenentwurf fertigen, der dann das Kabinettsamt noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt beschäftigen würde. Infolgedessen entbehren auch alle Kombinationen über die Rolle, die bestimmte Steuerarten in den Reformplänen des Finanzministers spielen sollen, einwörtlichen auch jeder greifbaren Grundlage.

Beschleunigte Verabschiedung der Wahlreform

Berlin, 20. August.

Das Reichskabinettsamt hat den ganzen gestrigen Tag über die Wahlreform beraten. Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Minister nicht immer vollständig in Berlin anwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die gestrige Abendigung hinaus in den nächsten Tagen weitergeführt werden, da besonders auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

Eine Radikale Bauernpartei gegründet

Leipzig. Die sich andauernd weiter verschärfende Notlage der deutschen Landwirtschaft veranlaßte eine größere Anzahl Landwirte aus Mitteldeutschland, Sachsen, Preußen und Schleswig-Holstein, in Leipzig zu einer Versammlung zusammenzutreten, um Mittel und Wege zu finden, wie den Veränderungen der Landwirtschaft mehr Beschuld vertrieben werden kann. Nach längerer Beratung wurde die Gründung der „Radikalen Bauern-Partei“ beschlossen.

Minderheitenfragen in Genf.

Die Gegerichtheit des Völkervertrages. Genf, 20. August.

Schon auf der Tagung des Völkervertrages in Madrid war beschlossen worden, daß von Seiten des Völkervertrages die Antworten des Völkervertrages auf die Beschwerden der Minderheiten veröffentlicht werden sollten. Man war aber damals schon der Ansicht, die bis jetzt auch noch nicht revidiert zu werden braucht, daß die Haltung des Völkervertrages als durchaus minderheitenfeindlich betrachtet werden muß.

Diese Ansicht ist falls es sich um bezeichnen, denn nachdem bereits ein Jahr seit der Wiederherstellung seitens des Völkervertrages bisher nicht eine einzige Veröffentlichung über die Stellungnahme der Dreierausschüsse zu den in recht großer Zahl eingegangenen Minderheitenbeschwerden erfolgt, und es hat trotz wiederholter Mahnungen noch gar nicht den Anschein, als ob es den ihm aufgegebenen Verpflichtungen nachkommen werde. Besonders werden jedoch die kürzlich veröffentlichten Angaben des Völkervertrages über die eingegangenen und vom Völkerverbund behandelten Minderheitenbeschwerden aus schärflich kritisiert, da diese Angelegenheit eine bestimmte Berücksichtigung der Behandlung der Minderheitenbeschwerden durch den Völkerverbund und eine Läuterung der öffentlichen Meinung darstellt.

Man weiß darauf hin, daß der große Vorstoß Dr. Stresemanns auf der Tagung des Völkervertrages in Lugano infolge der minderheitenfeindlichen Haltung des Völkervertrages völlig ergebnislos verlaufen ist.

Der große Hafer.

Poincaré 70 Jahre alt. Paris, 20. August.

In der Rolle des stillen, aber einflussreichen Teilhabers an der Landespolitik vollendet Raymond Poincaré sein 70. Lebensjahr, rüstig an Leib und Seele, ungebrochen im Haß gegen Deutschland und wenn auch nicht gelobt, so doch geschätzt von seinem Volke, das in ihm den zuverlässigsten Wohlfühlenden, geschicktesten Bündnispolitiker und „Retter des Vaterlandes“ sieht. Im Spiegel der französischen Parteien schwankt sein Charakterbild gemäß noch erheblich, da eigentlich niemand sich rühmen kann, diesen edlen, verdienstvollen und selbstherrlichen Politiker zu kennen.

Wissen will man nur von seinem eifernden Willen, seinen strengen Festhalten an einem eingeschlagenen Bahnen und um seine rechtsloslose, aber niemals zurückweichende Helfertätigkeit.

Er, der aus Vorhingen kam, und alles daran setzte, dieses Land wieder mit Frankreich zu vereinigen, der eben- so wie sein großer Gegenpol Clemenceau nur in dieser Wiedervereinigung das Ziel seines Lebens sieht, sich heute noch nicht befriedigt, sein Haß gilt immer noch dem Erbfeind, der ihm noch zu groß, zu mächtig und für sein Land zu bedrohlich erscheint. Aber er hat nicht den gradlinigen Charakter des Tigers, der als einzig überlebender Abgeordneter der Nationalversammlung von Bordeaux für die „Rendache“ offen gearbeitet, der aus seiner Stimmung gegen Deutschland nie ein Wort gemacht hatte, der bei jeder Gelegenheit für „Wiederumkehrung des Uhrzeigers von 1871“ eintrat, und um die zu erreichen, selbst seine Mißachtung und persönliche Feindschaft gegen Poincaré zurückstellte.

Der „große Vorhinger“ war groß in Anträgen, die so wohl seine Gegner in eigenem Lande, als auch die äußeren Feinde lasthaft zu spüren bekamen.

Er ist der Vater der frank-russischen Allianz, die zum Weltkrieg führte, von dessen Ausbruch er sich die vollkommene Niederlage des glückseligsten Deutschlands verschrieben hatte. Mit dem Ende des Völkervertrages sah er seine Hoffnung noch nicht erfüllt. Er verlangte die Zerstörung des Reiches nach wie vor.

Für uns Deutsche bedeutete sein Programm fast jeder unüberwindliche Feindschaft und „Revanchgeist“ in der Klasse des Friedensbüblers. Heute aber bedeutet es:

Aufrechterhaltung des Versailler Diktats und Unterdrückung des deutschen Lebenswillens bis ins dritte und vierte Glied.

Für uns ist und bleibt Poincaré der unerschrockene Mann des Unrechts, dessen Wort auch bei seinem Eintritt ins Grenzüberschreitend seine menschlich-personliche Seite abgemessen können, dafür hat das deutsche Volk wieder durch ihn gelitten, hat durch die aufgepeitschte Art, wie er den „Eieg“ Frankreichs ausnihte, unviel ertragen müssen.

Der Preis für Ostkontra.

Eine französische Stimme zur Korridorfrage. Paris, 19. August.

Der bekannte Politiker Jüdel beschäftigt sich in der französischen Zeitung „La Volonté“ mit der Korridorfrage. Er sagt in seinem Aufsatz sehr richtig:

Wenn Polen, als es die vollständige Anlage des Hafens von Gdingen in Angriff nahm, sich nicht vornehmend den militärischen Erwägungen, Kraft von wirtschaftlichen Interessen ließ und wenn das nachdrückliche Problem nicht durch militärische Fragen verwickelt worden ist, wäre Polen auf dem an, sich nach den Erfahrungen anderer umzusetzen.

Das System, mit dem die Fischschlosser sich begnügt und bei dem sie sich wohl befinden, indem sie den ihr zugebilligten Freiheiten in den Hamburger Gewässern bedient, würde uns von einer politischen Unfreiheit befreien, die weder den wahren Bedürfnissen noch unserer Interessen entspricht.

Das ist eine der Mahnungen, die das zweite Memorandum Brindis sicher nicht unbeachtet lassen wird. Nach dem Welt-Doccano muß man den Preis für das Ost-Doccano erlesen.

Französisches Frottenkräftigen.

Das Schredespenkt: Panzerkreuzer A.

Paris, 20. August.
Frankreich steht seit einigen Monaten im Zeichen der Frottenkräftigen. Ein Torpedobootserführer nach dem anderen und ein Unterseeboot nach dem anderen werden vom Stapel gelassen.

Als Begründung für die siebente Frottenkräftigen hat der Kriegsminister immer der deutsche Panzerkreuzer A angeführt, der den Franzosen als Mittel zum Zweck aufsendend zu gelten kam.

Während sich die Stapelläufe bisher auf kleinere Einheiten beschränkten, geht man jetzt zu den 10 000-Tonnen-Schiffen über, von denen nach dem Kreuzer „Joch“ die „Duplex“ am 9. Oktober in Anwesenheit des Staatspräsidenten in Brest vom Stapel gelassen werden soll. Dieser Kreuzer wird den nächsten Einheiten vollkommen neue Pläne aufgestellt hat, um dem Panzerkreuzer A ein gleichwertiges Schicksal zu gemäßenheiten zu können. Der nächste neue Kreuzer, der den Namen „Algier“ tragen wird, soll im Dezember auf den Weg gehen und bekanntlich bis zu diesem Zeitpunkt zu den Italienern und Franzosen Frottenkräftigen vereinbart worden sind. Der Kreuzer, der ebenfalls 10 000 Tonnen groß sein wird, wird im Gegensatz zu den bisherigen nur einen Schornstein haben, und der kleinere Mast soll nur noch einen geringen Stütz sein, um die Antenne selbstigen zu können. Die Vergrößerung soll wesentlich vergrößert werden. Die Ausrüstung besteht in 203-Millimeter-Geschützen.

Die Zustände in Polen.

Eine Rede des Sejmarschalls Dajnycki.

Warschau, 20. August.
Sejmarschall Dajnycki hielt eine Rede, in der er erklärte, das Land habe gegenwärtig keinen festen Stempel aufgedrückt. Der Kaufmann bankrottieren, die Fabriken würden geschlossen, die Studenten hungern. In dieser schweren Zeit sei der Sejm geschlossen, die Regierung schweige und im Dolle warte ein wilder Kampf.

Von Joseph Bilinski, der im Jahre 1926 die Regierungsmaßnahme mit dem Schwert gewonnen habe, hängt die ab, um dies fürchterliche Chaos zu ändern. Heute noch lies es zum größten Teil in seiner Hand, ob man aus der gegenwärtigen Lage einen friedlichen Ausweg finde.

Von den Verbrechen, der Rechtslosigkeit und den Härten, die man im heutigen Polen wegen seines Regierungssystems überall finde, wolle er nicht reden. Wer viele traurige Dinge lese, die ändern können, aber es nicht tue, der belade sich mit der allerhöchsten Verantwortung. Deshalb müsse man an das Gewissen Bilinskis appellieren, auf Grundzüge zu verzichten, nach denen das politische Volk regiert werde, als ob es im Reize unterworfen worden sei.

Der Kampf gegen die deutsche Schule.

Wieder eine Minderheitsliste geschlossen.

Wien, 20. August.
Die bisher im evangelischen Schulgebiet in Steud untergebrachte deutsche Minderheitsschule wird auf Grund einer Entscheidung der Wojewodschaft für das neue Schuljahr geschlossen.

Die Verordnung wird damit begründet, daß angeblich die nach dem Genfer Abkommen erforderliche Schülerzahl nicht mehr erreicht worden sei. In derselben Verordnung heißt es, daß es den Eltern, die ihre Kinder der Minderheitschule zuführen wollen, unbenommen bleibe, die Erziehung einer Privatfamilie nach einem anderen Mittel, zu betreiben, aber es wird gleichzeitig bekannt gegeben, daß seitens der amtlichen Stellen öffentliche Schulräume nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Gouverneur-Diktatur in Memel.

Der Landtag gegen das litauische Landesdirektorium.

Memel, 20. August.
Der Memelländische Landtag wird am 26. August zusammenzutreten, um sich mit der durch die Übernahme der Geschäfte durch das litauische Landesdirektorium Reizig entstandenen Lage zu beschäftigen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Landtag dem Direktorium das Mißtrauen aussprechen wird, nicht nur, weil die Mitglieder des neuen Direktoriums ihrer Vorbildung nach gar nicht in der Lage sind, die höchsten Verwaltungspflichten des Gebietes zu bekleiden, sondern weil die Einsetzung einer rein litauischen Landesregierung durch den litauischen Gouverneur eine unerhörte Herausforderung der deutschen Mehrheit des memelländischen Landtages und eine grobe Mißachtung der memelländischen Autonomie darstellt.

Die Stimmung im Memelgebiet über den neuesten Vorstoß des litauischen Gouverneurs gegen die Autonomie ist außerordentlich erregt. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Einsetzung des litauischen Landesdirektoriums nach der vorläufigen Zurückstellung der Geleise zur „Auslegung“ des Autonomiestatus ein Versuch mit anderen Mitteln ist, die Autonomie auszulöschen und die Diktatur des litauischen Gouverneurs an ihre Stelle zu setzen.

In Memel hält man jetzt das Eingreifen Deutschlands für unabweislich. Denn nicht zuletzt bedeutet die Unterstützung der verfallenen Gouverneur-Diktatur auch eine Brüstung des Berliner Auswärtigen Amtes, das anscheinend bisher immer noch gehofft hat, mit Cläusen zu einer gültigen Vereinbarung über die memelländisch-litauischen Streitfragen zu gelangen.

Ganz wie bei uns.

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in England?

London, 19. August.
In London findet eine Konferenz von Kabinetsmitgliedern statt, die der Erörterung der durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit entstandenen Notlage gilt.

Die Regierung sieht sich nach der unermüdet schnellsten Überwindung der Dreimillionennotlage der Arbeitslosen früher als erwartet vor die Frage gestellt, entweder durch neue Steuern neue Mittel für die Arbeitslosenunter-

stützung zu finden oder durch eine allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze die Ausgaben zu vermindern. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Regierung eine Beschränkung der Arbeitslosenunterstützungssätze um zwei Schilling je Woche ernsthaft in Erwägung zieht. Der Arbeitslosenversicherungsfonds ist jetzt bereits um rund 60 Millionen Pfund Sterling überzogen, für die Zinsen bezahlt werden müssen.

Überlären Politikern wird der Plan vorgeschrieben, durch Einführung eines Zeitarbeitsgesetzes in Höhe von 10 v. H. für alle eingeführten Fertigerwaren neue Einnahmen zu schaffen. Steuern und andere arbeiterteilige Führer sollen hierin jedoch den ersten Schritt zur Überwindung des Schuttschuldens lösen und den Vorschlag daher ablehnen.

Die Verhandlungen mit Gandhi.

Noch immer starke Unruhe an der Nordwestfront.

London, 19. August.

„Daily Telegraph“ meldet aus Bombay, daß der Hinduführer Jaganath, der mit Gandhi und den beiden Nehrus verhandelt hat, darauf hinwies, daß es zum ersten Male gelungen sei, den indischen Nationalkongress zu bewegen, sich mit dem Bizekönig in Verbindung zu setzen. Er hoffe, daß seine Verhandlungen mit dem Bizekönig und das Schreiben des Nationalkongresses an den Bizekönig zu weiteren Ausgleichsverhandlungen führen werden.

Auf englischer Seite wird die Tatsache, daß der Nationalkongress durch diesen Brief an den Bizekönig zum ersten Male seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes seinen Stellung jurell anerkannt, mit Genugtuung empfunden. Wenn auch an der indischen Frontsituation in den letzten 24 Stunden keine Kampfhandlungen stattgefunden, so besteht doch bei den Briten immer noch starke Unruhe. Der Stammesführer Turangaji und sein Sohn erluden andere Stämme zur Unterwerfung in ihrem Kampfe gegen die britische Herrschaft zu gewinnen. Auf der anderen Seite wird die Demoralisierung eines Teiles der Fronttruppe verzeichnet, nachdem es ihnen nicht gelungen war, Verbindete für ihr Vorgehen gegen die britischen Truppen zu gewinnen. Rabat ist nicht länger bedroht.

Was Gandhi fordert.

Der Inhalt des Briefes an den Bizekönig.

London, 20. August.

Nach Abschluß der Friedensverhandlungen im Gefängnis von Roona hat Gandhi einen Brief an den Bizekönig von Indien geschrieben. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, daß der Brief folgenden Inhalt hat: Gandhi erklärt, er sehe ein, daß der Bizekönig und die britische sozialistische Regierung angesichts der starken konservativen und liberalen Opposition vielleicht nicht imstande sein werden, Indien gegenüber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß das Ergebnis der Konferenz am runden Tisch wirkliche Unabhängigkeit, d. h. der Status eines Dominiums sein wird.

Er verlange aber, daß der Bizekönig und die britische Regierung sich verpflichten, diese Politik am konsequentesten offiziell zu ihrer ihrigen zu machen. Wenn eine solche Verpflichtung übernommen und durch Gewährung einer Amnestie für alle politischen Gefangenen festgeschrieben werden würde, dann würden die indischen Nationalisten bereit sein, die jetzt im Gange befindliche Bewegung einzustellen.

Ein englisches Blatt nennt diese Mitteilung Gandhis ein Ultimatum und sagt, es bedeute nur eine Wiederholung der unsmittigen Forderungen, die schon vor Monaten gestellt wurden. Das Programm Gandhis sei lediglich unwirksam geändert worden, als er jetzt nicht mehr dem britischen Parlament, sondern der britischen Regierung ihre Politik diktiert. Der von gemäßigten indischen Politikern unternommene Friedensschritt sei also vergeblich gewesen, und die indische Regierung habe lediglich weiterhin ihre Pflicht zu tun.



Sir George Wilkins übernahm kürzlich im Hofen von Philadelphia das ihm zur Verfügung gestellte U-Boot D-12, mit dem er unter dem Code zum Nordpol fahren will. U. B. z. 13 (links) mit dem U-Boot-Konstruktur Simon Lake und Stan Danenhower, auf dem U-Boot D-12. Lake und Danenhower werden gleichfalls an der Unterfahrsahrt zum Nordpol teilnehmen.

Kriegsanfänge am Balkanwetterfeld.

Serbische Waffendrohung gegen Ungarn und Bulgarien.

Belgrad, 20. August.

Die „Novosti“ veröffentlicht einen Artikel aus Belgrad, der sich gegenwärtig der litauische Hof, die Minister und das Diplomatische Korps aufhalten. Der Artikel beruft sich auch auf Informationen von unrichtiger Seite und fündigt gegen Ungarn und Bulgarien Waffengewalt an, falls die Sabotagefrage und die Frage des mazedonischen Komitees nicht in befriedigender Weise gelöst würden.

Der Gemäßigtere der „Novosti“ betont, daß die Wiedereingliederung der Sabotagefrage in Ungarn eine signifikante Beteiligung der Friedensverträge bedeuten würde. Daher hätten Serbien und die kleine Entente in diesem Fall das Recht, mit Waffengewalt einzugreifen. Wenn man auch hoffen könne, daß die ungarische Politik nichtern genug sei, um einen Unterdruck zwischen Demonstrationen und passiverer Politik zu machen, so ist doch für jeden Fall Waffengewalt geboten. Gegenüber Ungarn war es Serbien die Entwicklung der Beziehungen nach ab. Die Regierung werde aber nicht länger mit gestutzten Armen die blutige Heraus-

forderung der Waffendrohung entgegennehmen, sondern ganz energisch das Eingreifen des Völkerverbundes gegen die Friedensstörer am Balkan verlangen.

In dem Fall, daß der Völkerverbund sich einzugreifen weigere, würde Serbien den Standpunkt vertreten, daß es gegenüber Bulgarien freie Hand habe. Bezeichnet ist, daß der Artikel der „Novosti“ auch durch die amtliche Agentur Nola verbreitet wird.

Aus dem In- und Auslande.

Zwischenfall auf einem Studentenkongress.

Der kroatische Führer verurteilt.

Bräfil, 19. August.

In Bräfil tagt seit einigen Tagen der Internationale Studentenkongress der C.E.E., auf dem es bisher schon zu stürmischen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen die Verhandlungen über die kroatische Frage, denen man mit besonderer Spannung entgegensteht, weil der kroatische Führer Dr. Jelic auf mysteriöse Weise verhaftet wurde.

Dr. Jelic, der Vizepräsident an einer Wiener Sitzung ist, war vom Präsidenten der C.E.E. als Vertreter des kroatischen Nationalverbandes der Studenten zur Teilnahme geladen worden. Es ist unbekannt, ob Dr. Jelic auf der Sitzung der kroatischen Regierung durch die kroatische Polizei abgehört oder ab durch Belgrader Agenten verschleppt worden ist.

Verchiebung des Mitteldeutschen Wirtschaftstages.

Magdeburg. Mit Rücksicht auf die am 14. September stattfindenden Reichstagswahlen hat sich das Präsidium des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland entschlossen, den für den 12. und 13. September 1930 in Leipzig angetragenen Mitteldeutschen Wirtschaftstag bis auf weiteres zu verschieben. Ein neuer Termin für die Tagung ist einzuweisen nach nicht festgelegter Weise, weil zunächst das Ergebnis der Wahlen und die Entwicklung der nächsten Zeit abgewartet werden sollen.

Stillelegungen im Ruhrgebiet.

1650 Arbeiter werden entlassen.

Dortmund, 20. August.

Die Ködner-Werke haben beim Stillelegungs-Komitee die gänzliche Stillelegung des Schades 3 ihrer Zechen Werne beantragt. Dadurch kommen von dieser Zechen ungefähr 850 Bergarbeiter und Angestellte zur Entlassung. Freigekündigt wird der Antrag auf Stilllegung mit der außerordentlich schiefen Martlage für Gaslamföhne, die die Zechen fördert. Die Schachanlage befindet sich zwischen Dünen und Ganna. Die Entlassung von 500 Arbeitern und Angestellten hat die Deutsche Erdöl A.G. aus dem gleichen Grunde für ihre Zechen „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen beantragt. Ein Teil der unterirdischen Betriebe wird dadurch stillgelegt werden. Auch die Zechen „Prophet“ bringt auf ihrem Schacht 3 in Bortrop zum 1. September 300 Arbeiter zur Entlassung, die auch hier durch die Verschlechterung der Wistlage bedingt wird.

Die deutsch-baltischen Verhandlungen.

Berlin, 20. August. Die deutsch-baltischen Verhandlungen über die deutschen Spernungnahmen an der baltischen Grenze wegen der am baltischen Gebiet herrschenden Anarchismus und Krawalle haben am Mittwoch begonnen. Jederzeit für Deutschland sind in dieser Angelegenheit das Reichsinnenministerium, das Reichsgesundheitsamt und das Preussische Landwirtschaftsministerium.

Die französische Delegation nach Genf.

Paris, 20. August. Bei der kommenden Waffendrohungssammlung wird Ministerpräsident Lardieu selbst die französische Delegation führen. Mit Lardieu werden Brland, Maginot und als stellvertretende Delegierte Minister Bernat und Strot, Lardieu selbst den Vorsitzenden des Herceauschuldes der Kammer, Oberst Fabry, sowie als Berichterstatter für den Vongplan die Abgeordneten Gignoux und Saulier ernannt haben, der Delegation angehören.

Regelmäßiger Luftschiffverkehr England-Amerika.

London, 20. August. Sobald die Verträge über die Verbesserung des Luftschiffverkehrs „B. 107“ und „B. 108“ genügtliche Erfahrungen geklämt sein, heißt es in einem vom Luftfahrtministerium herausgegebenen Klausur, bestche die Absicht, einen regelmäßigen Luftschiffverkehr von Cardington nach Montreal und Neuyort einzurichten.

Sommerferien im Baltikum.

Rom, 20. August. Im Baltikum haben die Sommerferien begonnen, die von Mitte August bis Mitte Oktober andauern. Während dieser Zeit befindet sich der größte Teil der Prälatur in Urlaub. Die päpstlichen Nuntien erfahren eine gewisse Erleichterung und der Papst wird sich insbesondere bei seiner Ruhe in den baltischen Gärten widmen können. Von einem Befehlen des Baltikum ist nicht mehr die Rede.

Rücktritt des spanischen Finanzministers.

Madrid, 20. August. Wegen Differenzen mit dem König und dem Ministerpräsidenten General Berenguer in der Währungsfrage ist der Finanzminister Arguelles zurückgetreten. Alle Mitglieder kommentieren die Haltung des Ministers. Gerüchten zufolge würde Benito als Nachfolger Arguelles zum Finanzminister ernannt werden.

16 000 Parteimitglieder in England abzuschließen. Die Säuberung der Parteimitglieder in dem Parteiparagraf ist so gut wie abgeschlossen. Von den fast 2 Millionen Parteimitgliedern und Kandidaten sind rund 16 000 „ausgesäubert“ worden, teilweise wegen Zugehörigkeit zur Doppelliste, zum Teil wegen Verträge gegen die kommunistische Partei.

Attentat auf den Krowner Polzeiweh

Sowmo, 20. August.

Der Polzeiweh Oberst Ruffeika hatte gestern nachmittag im Hotel Continental eine vertrauliche Unterredung mit einem Julius Baitevicus. Bald nach Beginn der Unterredung betrat ein zweiter Mann den Saal. Beide fürstete sich auf den Polzeiweh, trefen ihn und drückten ihm vier Dolchschläge bei. Es handelt sich um einen politischen Racheakt. Der Verletzte befindet sich nicht in Lebensgefahr. Die Täter sind verhaftet worden.

Berlin lehnt gemeinsames Vorgehen ab.

Konstantinopel, 20. August.

Bezüglich der Lage an der türkisch-persischen Grenze auf Grund des türkischen Aufstandes hat der persische Oberbefehlsträger dem türkischen Außenminister eine Mitteilung überreicht, in der gesagt wird, die persische Regierung übernehme keinen Umhangen sich zu einem gemeinsamen mit türkischen Vorgehen gegen die Kurden auf persischem Gebiet zu beteiligen.

Aus der Umgegend

Neuro, 21. August.

Kirchenkollekte für das Katharinenkloster in Wittenberg. Das Diakonienmutterhaus Katharinenkloster in Wittenberg bildet Schwestern heran für den Dienst in evangelischen Gemeinden des Auslands. Hinter dem Katharinenkloster steht die Frauenhilfe fürs Ausland. Durch die Schwestern soll die Verbindung mit dem Heimatlande aufrecht erhalten werden. Die Nachfrage nach weiblichen Schwestern ist außerordentlich groß. Zur Erweiterung der Arbeit ist dem Katharinenkloster für den 31. August in der Provinz Sachsen eine Kirchenkollekte bewilligt worden.

Die Deutsche Reichsbahn befindet sich jährlich rund 2 Milliarden Mark, also eine Verdunfungsabfall, die noch etwas größer ist als die gewöhnliche Bevölkerung der Erde. Die Zahl der von der Deutschen Reichsbahn zurückgelegten Kilometer beträgt 48 Milliarden; diese Strecke entspricht der 320fachen Entfernung der Erde von der Sonne.

Kauf rechtzeitig Rohlen ein! Der Reichsbahnkommissar gibt folgendes bekannt: Es liegt bringende Veranlassung vor, in diesem Jahre die Bevölkerung auf eine rechtzeitige Eindeckung des Winterbedarfs an Brennholz hinzuwirken. Die

Wahlung ergibt sich aus der Betrachtung, daß in diesem Jahre wieder außergewöhnlich niedrigen Brennholzpreise für Sandbrunnbezirk. Im ersten Halbjahr 1930 sind in Sandbrunn für Sandbrunn ausbezahlt worden Scheinholz 5372000 Tonnen gegen 8252000 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im 2. Halbjahr 1929 gegen 4302000 Tonnen, Brantohlpreisliefers 9313000 Tonnen 13441000 Tonnen. Ausfallen ist der Rückgang der Preise in Brennholzpreisliefers für Groß-Berlin. Es scheint, als ob durch die Einwürde des vergangenen milden Winters die Erfahrungen der Vorjahre in Bezug auf den Holzbedarf. Auch bei einer nur normalen Winterhälfte sind bei der bisher nur geringen Bedarfsdeckung dieses Jahres Schwierigkeiten in der Versorgung zu erwarten. Wenn auch in den Bergbauverträgen größere Bestände auf Stapel liegen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß in Zeiten bringenden Bedarfs, also bei einbrechender härterer Witterung, die Einfuhr von Holz, im Transport und in der Verteilung, in den Verbrauchergebieten auch beim Absatz, ergeben, durch die das logische Bedingnisse andauernden Mengen an den Verbrauchsorten gefährdet wird.

Rohlen. (Deutsches Tenn- und Sportblatt.) Am Sonntag, den 24. August, nachmittags 1/2 Uhr findet eine Prüfung in den Gruppen I bis IV für das Sportabzeichen sowie Jugendportabzeichen statt. Bewerber wollen sich zur angegebenen Zeit im Park der Klosterstraße einfinden. — Das deutsche Tenn- und Sportabzeichen in Bronze erwarb sich der Turner Fritz Meyer vom Tennverein (D. L.) Nöbchen.

Wiese. Der Barbiolomäusmarkt rückt näher. Er findet am Dienstag und Mittwoch, den 26. und 27. August, in hergebrachter Weise statt.

Naumburg. Nach dem Genuss roher Risse verstorben. Einen unentgeltlichen ärztlichen Beistand hat ein früherer Bäcker teuer mit dem Leben bezahlen müssen. Obwohl er durch die jährlich gemeldeten Witterungsveränderungen genügend hätte gewarnt sein müssen, hat er mehrere Risse, die ihm als eßbar bezeichnet worden waren, in rotem Zustande und verlorb mehrere Stunden später.

Saalfeld. Räuberhafter Doppelmord auf der Mag. Hütte. In der mechanischen Werkstätte der Mag. Hütte haben die beiden Arbeiter Herbert Benzel und Louis Rindel Selbstmord durch Erhängen begangen. Rindel hatte schon seit Monaten leibhaftigerer Absichten geäußert, ohne von seinen Arbeitskollegen ernst genommen zu werden, während bei Benzel, der kurz vor seiner Verheiratung stand, das Motiv vollkommen im Dunkel liegt. Er hatte auch erst in den letzten Stunden mirer Neben geführt. Beide wurden mit einem Seil in der rechten Schlinge aufgehängt.

Dorf. Die bei Wahlen für den neuen Stadtrat in Dörfel/Lehr haben am Sonntag den 4.23. Stimmzettelverteilung 3782 gewählt, 85 Stimmen wurden unglücklich. Es erhielten die Kommunistische Opposition 555 Stimmen (2 1/2%), Sozialdemokraten 784 (3 1/2%), Nationalsozialisten 1050 (4 1/2%), Kommunisten 784 (3 1/2%), die Wählerische Einzelliste 795 Stimmen (3 1/2%). Am bisherigen Stadtrat, in welchem die Nationalsozialisten noch nicht vertreten waren, standen 8 Sitze fünf Wählerischen gegenüber.

Greiz. In der Trunkenheit tödlich verunglückt. Nachts fuhr der 46jährige Holzhandler Haß mit seinem Motorrad in voller Fahrt auf ein Personenauto auf. Er stieß mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus verstarb. Nach den polizeilichen Feststellungen trifft den Verunglückten selbst die Schuld, da er in angetrunkenem Zustand die Fahrt angetreten hatte.

Meißen. Schmiergelder für die Parteikasse. Wegen zwei Angeklagter der diesigen Ortsgruppe ist die erste Verhandlung wegen Bestechung eingeleitet worden. Die Angeklagten sind ein Arbeiter und ein Beamter, die die Parteikasse durch die Zahlung von Schmiergeldern zu vergrößern suchten. Die Angeklagten sind ein Arbeiter und ein Beamter, die die Parteikasse durch die Zahlung von Schmiergeldern zu vergrößern suchten. Die Angeklagten sind ein Arbeiter und ein Beamter, die die Parteikasse durch die Zahlung von Schmiergeldern zu vergrößern suchten.

Meißen. Gurken als Dünger. Mehrere hiesige Gurkenbauern sind zu dem Entschluß gekommen, den Gurkenbau vorläufig aufzugeben, da siehst auf dem Boden der Gurkenbauern zu hoch ist. Die Gurkenbauern sind zu dem Entschluß gekommen, den Gurkenbau vorläufig aufzugeben, da siehst auf dem Boden der Gurkenbauern zu hoch ist. Die Gurkenbauern sind zu dem Entschluß gekommen, den Gurkenbau vorläufig aufzugeben, da siehst auf dem Boden der Gurkenbauern zu hoch ist.

Merseburg. Schmeres Schadenfeuer. Im Freizeil brannte das Wohnhaus mit Stall und Scheune und der gelamten Ernte des Landwirts Diebmann vollständig nieder. Diebmann, der sich bereits in Zahlungsschwierigkeiten befindet, wird durch das Feuer ganz besonders gelähmt. Die Scheune mit der Ernte noch nicht veräußert war. Das Feuer ist durch Funkenflug aus einem Schornstein entzündet.

Halle. Gewerksmäßiger Einbrecher festgenommen. Vor etwa acht bis zehn Tagen wurde, wie bereits berichtet, der Schloßer Johann Simon aus Nürnberg, der zwei Wohnungseinbrüche in Halle verübt hatte, in Altburg (Thür.) festgenommen. Durch umfangreiches Beschaffungsmaterial der Nürnberger Kriminalpolizei konnte Simon noch weiterer 47 Einbrüche und Diebstähle überführt werden, die er mit einem Geheiß aus Halle, der sich auch noch festgenommen erden konnte. In Nürnberg, wo auf seinen Wanderzügen durch Bayern, Württemberg und Baden ist jeder sich bietenden Gelegenheit beging.

Aus Nah und Fern.

Sangerhausen. Am Tage der Diamanten Jagdzeit geflohen. Das Jahre alten Arbeiter Karl Siegler, der mit seiner Ehefrau 60 Jahre verheiratet war, erlitt am Morgen des Jubeltages, als sich die Gänge zur Diamanten Jagdzeit bereits eingefunden hatten, ein Herzschlag.

Lützen. Außer Lebensgefahr. Von den zehn an Hilfspolizei erkrankten und ins Leipziger Diakonienhaus eingelieferten Personen, von denen Detailsort übergeben sind, befinden sich die übrigen sechs nunmehr außer Lebensgefahr.

Leipzig. Betrüglerereien eines Reisebüros? 250 Reisende haben auf dem Leipziger Hauptbahnhof, wie jetzt mitgeteilt wird, eine unliebsame Ueberraschung erfahren. Sie hatten bei einem Reisebüro, „Sachsen“ eine Ferienfahrt nach dem Mittelmeer beauftragt und die Reiseleiter bereits eingehend die Anhöhe dieses Reisebüros, zwei Autos aus Bremen, hatten aber der Kriminalpolizei gemeldet, daß ihnen die Kasse mit über 14000 RM. gestohlen worden sei. Die Kriminalpolizei bezweifelte aber diese Angaben und nahm die Inhaber des Reisebüros in Mitleidenschaft. Sie sind noch in Haft, haben sich aber über den Verbleib der Kasse noch nicht geäußert. Auch das Personal des Reisebüros wurde vorübergehend festgenommen, ist aber wieder entlassen worden. Die Reise sollte vom 17. bis 22. August dauern und für jede Person 63 RM. kosten, die eingezahlt worden sind.

Naumburg. Sechs Personen verlegt. Bei dem in Naumburg am 20. August kommenden Personentransport auf der regeneigenen Straße im Schloßpark und hier, einem anderen von Baugewerkschaften, Kraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden fast beschädigt und müssen abgeschleppt werden. Bei dem Unfall wurden eine Person schwer und fünf leicht verletzt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Meß.

4 Tote, 44 Verletzte. Meß, 20. August.

Auf dem Gelände der Kohlengrube Hoube bei Kreuznach ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 44 Grubenarbeiter verlegt und mehrere Arbeiter getötet wurden.

Ein aus drei Wagen bestehender Arbeiterzug, in dem sich über 60 Grubenarbeiter befanden, fuhr von Grube 1 nach Grube 2, wobei er in einer Kurve mit einem aus eingeeckelter Richtung kommenden Kohlenzug zusammenstieß. Die drei Wagen des Arbeiterzuges sprangen aus den Schienen und wurden fast vollkommen zertrümmert. Vier Arbeiter wurden getötet, 17 schwer und 27 leicht verletzt.

Autounglück bei Grenoble.

Bisher 4 Tote und 10 Schwerverletzte geborgen. Paris, 20. August.

Ein schweres Autounfallunglück ereignete sich in der Nähe von Grenoble. Ein Autos, in dem 62 Personen Platz genommen hatten, wollte an einem Ueberrag über die Sphäre einem in eingeeckelter Richtung kommenden Personenzug ausweichen, wobei der Führer so hart rechts einlegte, daß es ihm nicht mehr gelang, den Wagen in die gerade Fahrtrichtung zu bringen.

Das Auto raste in voller Fahrt gegen das Brückenpfeiler und stürzte in den Fluß, bei dieser Stelle besonders tief lie. Im Wasser spielten sich die eingeschlagenen Szenen ab. Die Reisenden kamen sich gegenseitig zu Hilfe und riefen sich gegenseitig in die Tiefe.

Die Anlässe des Personenautes bemühen sich sofort um die Rettung der Verunglückten, während andere die Feuerwehre benachrichtigten.

Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen wurden vier Tote und zehn zum Teil schwer, 10 leicht verletzt geborgen. Eine Reihe andere konnte sich schwimmend retten.

Ein plombierter Kleinwagen fährt durch die Balkanstaaten.

Reisepfad von Kaffa-Samung nach in vier Wochen 12 Länder Europas durchquerend.

Im Südosten wird es unruhig. Es droht, in der Türkei zu kriegerischen Verbindungen zu kommen. Der weiß, ob nicht auch die Balkanländer vor neuen Kriegen stehen! Eigentlich eine ungefähre Zeit, Balkanfahrten zu unternehmen. Reisepfad von Kaffa-Samung, der dieser Tage in einem Gnomma-Wagen der neuesten Type aufbrach, um ein Fahrt freizugehen und vier bis 12 Länder Europas zu beginnen, muß großes Vertrauen zu sich selbst, zugleich aber auch zur Leistungsfähigkeit seines Fahrzeuges haben, wenn er sich verpflichtet, seinen Wagen, der von einem Beauftragten des ADG mit 99 Metall- und Stahlplomben versehen wurde, innerhalb vier Wochen durch die Länder Deutschland, Österreich, Italien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschekoslowakei und Polen zu führen, aber nicht etwa auf dem kürzesten Wege, sondern einmal unter möglicher Bindung an die Route der kommenden 10000 Kilometerfahrt bei 200, zum anderen aber auch mit der angelegentlichsten Rücksicht, zum mindesten 3000 Kilometer die Möglichkeit, unangenehme, unruhige und harte Bedingungen in den Balkanländern festzustellen. Man hat Kaffa auf einen Wunsch nicht nur, der hiesigen Welt, Motor, Getriebe, Differential usw. plombiert, sondern man hat die Verankerung in einem bisher unbenutzten Umfang auf alle erreichbaren Teile des Fahrzeuges, des Motors und der Karosserie angebracht. Jeder Bestandteil, jede Bremstrommel, jede Kette, jede Kleinigkeit hat ihre Plombe erhalten. Selbst die Reifen (Continental-Reifen) sind einzeln mit einer Plombe versehen, um festzustellen, ob sie der geradezu fürchterlichen Beanspruchung auf den grundlosen Straßen und Wegen des Balkans gewachsen sind. Wir werden gelegentlich weiter über diese Fahrt berichten.

„Zum 5. Uhr-Zeit“ Band 14 ist nun fertig erschienen. Dieser neue Band der bekannten Schlagsammlung bedeutet eine wesentliche Bereicherung der modernen Sammlung; er enthält 18 Ser. 31. beliebigen

Lang- und Niederlagern für Kavaler mit vollständigen Trien (angeführte Original-Ausgaben), die wiederum mit viel Aufwand ausgestattet sind. Was dem Inhalt keine ernährt: Dr. Donna Clara, Zango — Zwei rote Kisten und ein roter Zerrungs, (Altes Musikbuch) — Waldgeist — Zehn der Mond auf Bergig — Madrid — Zervas Bild — Mit Marie möcht ich mal auf dem Pantalon sein — Gib nur acht, aber Galt kommt die Liebe — Auf Wiedersehen Herr Doktor also, also. Die Ausstattung des Albums ist nie geübt eine glänzende, der Musik mit einem feinsten, originalen künstlerischen, mehrfachen Ziel versehen. Der Verkaufspreis wie immer RM. 4.—, ein kleiner Betrag gegenüber dem Einzelpreis aller 18 Nummern, der sich auf ca. RM. 35.— stellt. Im nächsten Verzeichnis wird unter Anderem auf die Anzüge der Firma Anton J. Benjamin, U. O. Leipzig G. 1, Zaubenzug 20 in vorliegender Nummer.

Die gleich wichtige Rolle wie die Nahrungsmittel selbst spielen in unserer Ernährung die Genussmittel. Sie erst machen die Speisen schmackhaft. Was aber schmeckt, ist auch ein Genuss. Es ist darum kein Wunder, daß sich die bekannte Waage-Würze so allgemeiner Beliebtheit erfreut. Denn nur wenige Würze, erst kurz vor dem Anrichten zugefügt, erkönnen Aroma, Wohlgeschmack und bessere Ausnutzung der damit verbundenen Gerichte.

Spiel und Sport.

Vor dem neuen Fußballjahr.

Es geht wieder los

Die bevorstehenden Rämpfe des neuen Fußballjahres 1930/31 haben eine besondere Bedeutung, treten doch mit Beginn der Spielzeit die neuen Fußballregeln des Deutschen Fußball-Bundes in Kraft. Gegenüber den bisherigen bringen sie manche wesentliche Änderungen, trotzdem sie lediglich eine Angleichung der deutschen Regeln an die im internationalen Fußballport längst gültigen bezeichnen. Ihre Anpassung an die in der ganzen Welt maßgebenden aber war mit dem Ausbren des internationalen Spielerechts der deutschen Vereine, Verbände und des Bundes unumgänglich erforderlich. Im Hinblick auf die Wichtigkeit des neuen Regelwerkes haben wir von dem bekannten deutschen Schriftsteller E. Rosenberger-Köhl die für den Fußballspieler wesentlichen Merkmale in gedrängter Form zusammenfassen lassen und werden im Laufe der nächsten Tage jeweils einige Hauptpunkte der neuen Regeln veröffentlichen. Wir glauben, dadurch vielleicht auch ein wenig zur Verneuerung so mancher ebenwirdiger wie unangebrachter Anpreisungen unserer Spielberichte beizutragen. Denn diese entspringen in der Hauptsache lediglich der Regelkenntnis des Publikums.

Was muß der Zuhörer von den Fußball-Mitteln wissen?

Daß auf seiner Seite mehr denn ein Spieler mitwirken dürfen, daß also in einem Verbandsspiel die Auswechslung von verletzten Spielern nicht gestattet ist, ein zu spät kommender Spieler aber bis zum Schlußspiel nicht eintreten darf; daß der Schiedsrichter ein Spiel nicht frühzeitig lassen darf, wenn doch der Spieler durch die Beschaffenheit des Bodens Gefahr droht; die Gesundheit unserer Jugend ist unser höchstes Gut und darf nicht durch Spielen auf verdorrtem oder tief verfestigten Boden gefährdet werden; daß die kleine Abgrenzung vor dem Tor Torraum und die große Abgrenzung Strafraum heißt; daß das Tor 7,30 m breit und 2,40 m hoch ist; daß ist für den Torwart sehr viel, für den Stürmer aber scheint es sehr wenig zu sein; daß jedes Wechselspiel 90 Minuten dauert und in zwei Hälften von je 45 Minuten geteilt wird; daß verlorene oder vergebene Zeit nachgespielt werden muß; eine „Pausenzeit“ darf also nicht „Zeit fällen“; daß ein Entscheidungsspiel, das bei Schluß der 90 Min. unentschieden steht, verlängert werden muß, indem die Spielhälfte erneut losen; dann wird bis zum nächsten Tor gespielt, höchstens aber nochmals 30 Minuten; nach 15 Minuten dieser Verlängerung werden die Seiten gewechselt; daß vor Beginn des Spieles losgetrieben wird; der Gewinner kann entweder die Seite wählen oder den Anstoß; daß der Anstoß nach vornwärts ausgeführt werden muß; geschieht dies nicht, gibt es nicht einen Freistoß, sondern der Anstoß ist zu wiederholen und der schuldigste Spieler zu warnen; daß aus einem Anstoß direkt kein Tor erzielt werden darf; würde der Ball vom Anstoß weg direkt ins gegnerische Tor gehen, wäre dort ein Anstoß zu geben, und würde er im eigenen Tor landen, müßte der Anstoß wiederholt werden, weil er nicht nach vornwärts ausgeführt worden ist; daß beim Anstoß die Gegner 9 Meter vom Ball bleiben müssen, bis der Ball im Spiel ist, während die Spieler der Parteien vorher in die gegnerische Spielhälfte vorziehen darf; daß auch bei einem solchen Fehler der Anstoß zu wiederholen ist; die Strafe steht wiederum nicht in einem Freistoß, sondern in einer Warnung des schuldigen Spielers.

Februar Sportvereinigung von 1924.

II. S. 24. I. Herren — Eintracht Nöbchen II. Herren 1:4 (1:0)
II. S. 24. II. Herren — Eintracht Nöbchen III. Herren 5:2 (3:0)
II. S. 24. Sondermannen — Eintracht Nöbchen U. S. 2:6 (0:2)

Im vergangenen Sonntag war der Februar Sportvereinigung Gast beim Sportklub Eintracht Nöbchen. Wieder nahmen die Spiele nicht den guten Verlauf, den man, nachdem erstlich derweil die Fußballregeln zwischen beiden Vereinen beiseite gelassen, gerade erwarten zu dürfen. Es wäre sehr empfindenswert, in Zukunft die Spiele über die zwischen beiden Vereinen zum Winter kommen den Spiele in die Hände eines unparteiischen Schiedsrichters zu legen. Mag der Vereinschiedsrichter noch so gut sein, er wird sich doch nur schwer gegenüber der sonstigen Einstellung der Spieler und des Publikums durchzusetzen vermögen. Infolge I. Gut muß sich der II. (jedoch mit Spielern aus der ersten Mannschaft verstärkt) von Eintracht wehren. Bei Beginn des Spieles sah es aus, als ob endlich unsere I. einmal die unter Niederlagen von Eintracht tritt machen werde, jedoch sämtliche entscheidende Sätze wurden verdoht. Nur einmal konnten sie losbrechen. Nach der Hälfte drehte sich das Blatt. Nöbchen bekam Mühenwind und machte Februar Hintermannschaft wieder zu schaffen; als Erfolg ihres großen Erfolges konnten sie 4 Tore verbuchen. Weiter interessanter war das Spiel der II. Mannschaft. Hier konnte vor allem der Hüne Sturm gut gefallen, der sich sogar noch mit 3 Mann gut durchsetzen vermochte, als der Sturm 2 Mann (meiner Ansicht nach ohne Grund) herausgestellt hatte, denn obgleich es nur noch mit 9 Mann spielen, kamen sie doch zu weiteren 2 Treffern. Am Spiel unterer Gremienmannschaft gegen die Herren der Eintracht hätte ein Unentschieden dem Spiel verlustig er mitbrochen, denn so leicht, als das Resultat besagt, war unsere Mannschaft nicht, es fehlte nur wie bei der ersten an Schußvermögen. Einen kleinen Anteil an der Niederlage trägt auch der Torraum. B.

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Bauer in Köpelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpelen.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Sankverein Artcn.

Nr 99

Donnerstag, den 21. August 1930

43. Jahrgang

Umriss des Gesamtprogramms.

Obwohl die Einzelheiten des Reformprogramms, das die Reichsregierung für den Herbst in Aussicht gestellt hat, noch nicht bekannt geworden sind, so lassen sich dessen Umriss doch mitteilweis zum Teil aus den bisherigen Maßnahmen und Verfügungen der Regierung erkennen. Danach umfaßt das Programm als Hauptpunkte das Finanzprogramm, das Agrarprogramm, das Öl- und Holzprogramm, das Sozialprogramm, das Wirtschaft- und Verkehrsprogramm.

Von diesen Maßnahmen ist das Agrarprogramm bereits am weitesten vorwärtlich. Das Kernstück bildet die Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollschutzes. Ausgehend von der Grundforderung der Landwirte, daß nicht Einzelzölle, sondern das gesamte System der Agrarzölle gehoben werden müsse, führten die bisherigen Maßnahmen zu dem Ergebnis, daß insbesondere für die gesamte Getreidewirtschaft, die früher larren Zölle in einer Generalvollmacht für die Regierung ausgingen, die effektive Zollhöhe nach Maßgabe der jeweiligen Wirtschaftslage zu bestimmen. Von diesen Vollmachten hat die Regierung durch Erhöhung des Weizens und Roggens Gebraucht gemacht und diesen Schutz noch durch eine Reihe von damit in Verbindung stehenden Maßnahmen verläßt. So ist das Agrarprogramm in wesentlichen Punkten durchgeführt. Das gleiche gilt von dem Öl- und Holzprogramm, das gewisse organische Zusammenhänge mit dem Agrarprogramm aufweist.

Alle diese Maßnahmen sind indessen entscheidend abhängig von der Durchführung eines umfassenden Finanzprogramms, das man mit Recht als das Zentralproblem der deutschen Gegenwart zu bezeichnen pflegt. Was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde, ist jedoch alles andere als das, was man sich bei Annahme des neuen Planes darunter vorstellen. Bei der Umrüstung unseres Finanzsystems unter gleichzeitiger wesentlicher Steuerverminderung der Wirtschaft auf dem Ziele der Förderung der Kapitalbildung hat einer Zeit von Steuererhöhungen Platz machen müssen. Immerhin zeigt auch der Weg der deutschen Finanzpolitik der letzten Monate gewisse Anlässe für die unablässige Reform. Die Vorlage eines langfristigen Sparprogramms ist gesetzlich vorgeschrieben. Ob der im Steuerdevisenprogramm genannte Betrag von mindestens 600 Mill., die im Haushalts 1931 eingepart werden sollen, tatsächlich erreicht wird, steht zwar dahin. Verstoß ist aber die grundsätzliche Bestimmung, daß Einkünfte, wenn sie überhaupt erfolgen, für die Entlastung der direkten Steuern Verwendung finden müssen. Am tatsächlichen Einfließen bringt der Haushalt 1930 bereits 134 Mill. Reichsmark, während der Vorgänger des derzeitigen Finanzministers nur Einkünfte im Ausmaße von 25 Mill. RM. gleichfalls versprochen zu können. Bei den Steuererhöhungen hat sich der Grundgedanke der Verleugung von den direkten auf die indirekte Versteuerung bis zu gewissem Grade durchgeführt, so daß man auch hier alles in allem von einem Fortschritt sprechen darf.

Die Durchführung des Finanzprogramms steht und fällt mit der Sozialreform. Diese Erfahrung aus der Vergangenheit sollte allmählich Allgemeingut werden. Die Arbeitslosigkeit mit ihren finanziellen Anforderungen an die öffentliche Hand gefährdet immer wieder die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Die finanzielle Zukunftssicherheit muß infolgedessen ihre Ergänzung in sozialen Reformen des Systems finden. Gewisse Teilreformen zur Verbilligung von Arbeitskräften und Arbeitslosen brachte erstmals die Koalition zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung vom Herbst 1929. Weitere Teilreformen sind in der Steuerordnung enthalten. Vor allem aber bringt der neue Absatz 2 des § 262 den Anlaß für weitere Reformarbeiten durch die Bestimmung, daß der Höchstbedarf der Reichszuschüsse jeweils im Haushaltsgesetz bestimmt werden soll. Weiter enthält die Verordnung die wesentliche Bestimmung, daß die zukünftigen Fehlbeträge nur noch zur Hälfte vom Reich gedeckt werden und zur anderen Hälfte durch Erhöhung oder Mäßigung der Beiträge oder durch Verbindung beider Maßnahmen ihre Deckung finden sollen. Endlich enthält die Verordnung als Anlaß für die Reform der Krankenversicherung die grundsätzliche Überlassung bedeutungsvoller Leistungen für die Einzahlung des Selbstinteresses der Versicherten. Krankenversicherungsbeiträge werden in Zukunft nicht mehr völlig kostenlos abgezogen. Der Versicherte wird vielmehr in beiden Fällen zur Zahlung einer Gebühr von 50 Pf. verpflichtet. Man kennt die Bedeutung, die dieser Regelung entgegensteht. Die erheblichen Vorteile überwiegen aber offensichtlich.

Der letzte Punkt des Gesamtprogramms, das Arbeitsbeschäftigungsprogramm, umfaßt 5 Teile: Aufträge der Post, Bestellungen der Reichsbahn, Arbeitsbeschäftigung durch die neugegründete deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, den Wohnungsbau und die Straßenbauten. Soweit die hierzu aufgewendeten Mittel tatsächlich produktiver Verwendung zugeführt werden, wird man diesen produktiven Verbrauch zur Aufzuehlung der Wirtschaft begrüßen können. Auch die Mäßigung der Regierung, durch die Vergebung der Aufträge Preiszugeständnisse zu erteilen, ist grundsätzlich zu billigen. Leider stimmen die „Erfolge“ der entsprechenden Aktion in den Jahren 1925/26 jedoch festlich.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß das Gesamtprogramm wesentliche Voraussetzungen für eine Gesundung unserer Wirtschaft schafft, obgleich die letzten entscheidenden Probleme noch nicht in Angriff genommen sind. Das Zentralproblem der Wirtschaft, die Restabilität, ist eben keine Frage des guten Willens, sondern eine Frage der Selbsthilfe. Solange die Wirtschaft nicht durch Steuerabbau in die Lage gesetzt wird, diese Selbsthilfe zu leisten, ist noch nichts Entscheidendes geschehen. Hoffentlich werden die guten Anlässe der Notverordnung bei Aufstellung des endgültigen Programms zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt.

Reformpläne des Reichskabinetts.

Wahlrechts- und Finanzreform.

Berlin, 20. August.
Das Reichskabinetts hat sich mit verschiedenen Reformplänen beschäftigt, die dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugeweiht werden sollen. Am weitesten gehen sind die Vorarbeiten des Kabinetts für die Wahlreform.

Die geplanten Maßnahmen beziehen sich lediglich auf eine Reform der Wahlgesetze. Sie lassen also die grundsätzlichen Wahlbestimmungen der Verfassung unangetastet. Das Reichskabinetts will offenbar auf diese Weise den Zwang einer verfassungsändernden Mehrheit, die im Reichstag erlangungsgemäß für grundsätzliche Wahlreformen nicht zu bekommen ist, vermeiden. Infolgedessen verzichtet die Regierung auf eine Heranziehung des Wahlalters, wie das Reichsinnenministerium Dr. Wirth bereits in einer Rede zum Ausdruck gebracht hat.

Der Entwurf des Reichsinnenministeriums gründet sich größtenteils auf die Vorarbeiten, die bereits von verschiedenen Abgeordneten Dr. Wirths geleistet worden sind.

Die wichtigste Maßnahme, die das Reichskabinetts vorzuschlägt, ist eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise.

Gegenwärtig bestehen 35 Wahlkreise, an deren Stelle später etwa 160 Wahlkreise treten sollen. Man würde es auf diese Weise erreichen, daß in den einzelnen Wahlkreisen höchstens je drei bis vier Abgeordnete gewählt werden können, was aus man sich eine engerer Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerchaft verpricht. Weitere Reformmaßnahmen zielen auf eine völlige Befreiung der Reichslisten hin. Die Berechnung der Reichslisten wird dann innerhalb der Wahlkreisverbände usw. zu erfolgen haben.

Die Vorarbeiten zur Finanzreform sind noch nicht so weit gediehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen liegt hier ein fertig ausgearbeiteter Plan noch nicht vor. Der Reichsfinanzminister dürfte zunächst seine Vorstellungen innerhalb des Kabinetts eingehend entwickeln, die im wesentlichen auf eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern für einen längeren Zeitraum hinauslaufen. Erst auf Grund der Berichterstattung des Finanzministers und der anschließenden Erklärungen innerhalb des Kabinetts dürfte das Finanzministerium einen Referentenentwurf fertigen, der dann das Kabinetts noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt beschäftigen würde. Infolgedessen entbehren auch alle Kombinationen über die Rolle, die bestimmte Steuerarten in den Reformplänen des Finanzministers spielen wollen, einwirkenden auch jeder greifbaren Grundlage.

Beschleunigte Berücksichtigung der Wahlreform

Berlin, 20. August.

Das Reichskabinetts hat den ganzen gestrigen Tag über die Wahlreform beraten. Wie zur erwarten, besteht die Ansicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Wähler nicht immer vollständig in Berlin anwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die geistige Vorbereitung hinaus in den allerersten Tagen weitergeführt werden, da bekanntlich auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

Eine radikale Bauernpartei gegründet
Lelpzig. Die sich andauernd weiter verärgerte Notlage der deutschen Landwirtschaft veranlaßte eine größere Anzahl Landwirte aus Mitteldeutschland, Sachsen, Westfalen und Schlesien-Hessen, in Leipzig zu einer Versammlung zusammenzutreten, um Mittel und Wege zu finden, wie den Forderungen der Landwirtschaft mehr Nachdruck verliehen werden kann. Nach längerer Beratung wurde die Gründung der „Radikalen Bauern-Partei“ beschlossen.

Winderheitenfragen in Genf.

Die Gegenheit des Völkerverbündes.

Genf, 20. August.

Schon auf der Tagung des Völkerverbündes in Madrid war beschlossen worden, daß von Seiten des Völkerverbündes die Annahme des Völkerverbündes auf die Beschwerden der Winderheiten veröffentlicht werden sollten. Man war aber damals schon der Ansicht, die bis jetzt auch noch nicht revidiert zu werden braucht, daß die Haltung des Völkerverbündes als durchaus minderheitenfeindlich betrachtet werden muß.

Diese Ansicht ist keinesfalls als irrig zu bezeichnen, denn nachdem bereits ein Jahr seit der Madrider Abstimmung ist seitens des Völkerverbündes bisher nicht eine einzige Veröffentlichung über die Stellungnahme der Delegationen zu den in recht großer Zahl eingegangenen Winderheitenbeschwerden erfolgt, und es hat trotz wiederholter Mahnungen auch gar nicht den Anschein, als ob es den ihm angelegenen Verpflichtungen nachkommen wolle. Besonders werden jedoch die kürzlich veröffentlichten Angaben des Völkerverbündes über die eingegangenen und vom Völkerverbund behandelten Winderheitenbeschwerden aufschrei freisetzen, da diese Angaben eine bewusste Verzerrung der Behandlung der Winderheitenbeschwerden durch den Völkerverbund und eine Täuschung der öffentlichen Meinung darstellt.

Man weiß darauf hin, daß der große Vorstoß Dr. Stresemanns auf der Tagung des Völkerverbündes in Lugano infolge der minderheitenfeindlichen Haltung des Völkerverbündes als völlig ergebnislos verlaufen ist.

Der große Hafer.

Paris, 20. August.

In der Rolle des Hüllers, aber einflussreichen Zeilabers an der Lardischen Politik vollendet Raymond Poincaré sein 70. Lebensjahr, rüstig an Leib und Seele, ungebrochen im Huh gegen Deutschland und wenn auch nicht gefeilt, so doch noch mit seinem Volke, das in ihm den geachteten Hofminister, geschickten Bündnispolitiker und „Retter des Vaterlandes“ feiert. Im Spiegel der französischen Parteien schwankt sein Charakterbild gemäß noch erheblich, da eigentlich niemand sich rühmen kann, diesen edlen, verdienstvollen und heldenhaften Politiker zu kennen.

Wissen ist man nur von seinem eifernden Willen, seinem harten Festhalten an einmal eingeschlagenen Bahnen und um keine Rücksicht, vor nichts zurückweichende Zielstrebigkeit.

Er, der aus Vorjahren Hammi, und alles daran setzte, dieses Land wieder mit Frankreich zu vereinigen, der eben nur in dieser Hinsicht sich immer noch dem Huh und für sein Huh nicht den graden Huh überlebender von Bourbonnais für eine Stimmung an, der bei jeder Unthats von selbst eine Winderheitenbeschwerden zurück-

Suhtigen, die so auch die äußeren

Planz, die zum Huh die vollstehende Deutsch- des Völkerverbündes, Er verach- bis ins dritte

um feil jeder un- in der Masse des: es sind Unter- bis ins dritte

elehrbare Mann dem Eintritt ins Seite abgeben können, dafür hat das deutsche Volk zwölf durch ihn ge-hten, hat durch die aufgepeitschte Art, wie er den „Siege“ Frankreichs ausnutzte, zwölf ertragen müssen.

Der Preis für Ostkorano.

Eine französische Stimme zur Korridorfrage.

Paris, 19. August.

Der bekannte Politiker Jüde beschäftigt sich in der französischen Zeitung „Le Bolant“ mit der Korridorfrage. Er legt in seinem Vollen sehr richtig:

Wenn Polen, als es die kollektive Anlage des Hafens von Gdingen in Angriff nahm, sich nicht vorwiegend von militärischen Erwägungen, fast von wirtschaftlichen lassen ließ und wenn das wirtschaftliche Problem nicht durch militärische Fragen verdrängt worden ist, läse Polen gut daran, sich nach den Erfahrungen anderer umzusehen.

